



Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sind als Spielball der Politik nicht geeignet!

Als Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Baden-Württemberg möchte ich allen Leserinnen und Lesern ein gutes neues Jahr 2020 wünschen und vor allem Gesundheit und viel Glück.

Zu Beginn des neuen Jahres 2020 wäre es üblich, rückblickend über das vergangene Jahr ein Resümee zu ziehen. Im besten Fall wäre das sogar positiv.

Leider ist bis zum Redaktionsschluss ein überaus wichtiges und impulsives Thema noch nicht erfolgreich zum Abschluss gebracht und die Entscheidung wurde am 18. Dezember 2019 gefällt. Beim Lesen dieser Zeilen, weiß jede/r Betroffene, wie das Ergebnis aussieht. Positiv oder wieder für zwei lange Jahre auf die nächste Haushaltsdiskussion verschoben? Letzteres wäre sehr enttäuschend und definitiv demotivierend für alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Diese leisten unter schwersten Bedingungen Dienst zu Ungünstigen Zeiten, und eine Erhöhung der Zulage für die besonderen Erschwernisse des Polizeiberufes, nämlich die Zulage Lage Orientierter Dienst (LOD), ist längst überfällig.

Wir rufen in Erinnerung, dass von 1991 bis zum Juni 2009 die damalige Zulage der DUZ-Beiträge (DUZ = Dienst zu Ungünstigen Zeiten) nahezu unverändert blieb, während im gleichen Zeitraum Abgeordnetendiäten zehnmal angepasst wurden, was insgesamt 38% ausmachte. Mit Einführung der Zulage LOD (1. 4. 2011) für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte wurde eine kleine Anpassung für die besonderen Erschwernisse für die Polizei gegenüber anderen Landesverwaltungen Rechnung getragen. Seitdem hat sich hierzu leider wiederum nicht allzu viel bis heute verändert.

Immer wieder wurde vonseiten der Gewerkschaft der Polizei (GdP) versucht, eine Erhöhung dieser Zulage auf Industrieniveau zu erreichen.

Nachdem die Hartnäckigkeit aller Landesregierungen in den Jahren beharrlich war, hat unser Mitglied im Landesvorstand, Thomas Mohr, nochmals im Frühjahr 2017 durch seine Aktion Unterschriften bei der Polizei und der Bevölkerung auf die Forderung zu einer Erhöhung der Zulage auf 5 € aufmerksam gemacht. Innerhalb kürzester Zeit wurde durch nahezu 15 000 Unterschriften, quer durch die Polizei und die „normale“ Bevölkerung“ das Anliegen unterstützt und viele Bürgerinnen und Bürger dokumentierten, dass diese sich erschrocken zeigten, als sie lesen mussten, wie „mickrig“ die Zulage für IHRE POLIZEI in den schweren Nachtstunden und Wochenend-einsätzen ist. Schon daran ist erkennbar, wie bedeutend dieses Thema innerhalb der Polizei und der Bürgerschaft angesehen wird.

Selbst der Petitionsausschuss hat sich mit der Zulage bereits beschäftigt und es war aus Sicht der GdP sehr traurig, dass die Petition lediglich als „Arbeitsmaterial“ der Landesregierung übergeben wurde.

„Die Hoffnung stirbt zuletzt!“

Nach Bekanntwerden, dass der Haushaltsausschuss wiederum die Zulagenerhöhung nicht umsetzen möchte, wurden fast alle Landtagsabgeordnete des Landtags Baden-Württemberg (Ausnahme Landtagsabgeordnete der AfD) von mir als Landesvorsitzender angeschrieben und es wurden sehr viele Gespräche mit den Fraktionen und Unterstützern geführt. Ziel war es, eine Zustimmung



Hans-Jürgen Kirstein

Foto: ©GdP

für die Erhöhung der Zulage des LOD am 18. Dezember 2019 im Interesse eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu erreichen.

Hoffen wir an dieser Stelle, dass es geklappt hat.

Für das kommende Jahr 2020 wird es wieder einmal einschneidende Veränderungen in der Polizei geben, die Folgen bei den Beschäftigten haben werden.

Als erstes sei hier erwähnt, dass beim Erscheinen dieser Ausgabe die beiden neuen Polizeipräsidien Pforzheim und Ravensburg in Betrieb gegangen sind. Für andernorts Betroffene wurde leider mit der o. a. Neugründung das Polizeipräsidium Tuttlingen aufgelöst.

Auch hier **hoffen wir für alle Beteiligten**, dass sich die Betroffenheit in Grenzen hält und nicht zu unüberwindbaren Hindernissen geführt hat.

Was wiederum alle betreffen wird, ist, dass mit Wirkung vom 1. 1. 2020 die Dienstpostenbewertung nach Gusto unseres Innenministeriums eingeführt wurde und ab sofort umzusetzen ist. Seit der Beurteilungsrunde im Juli 2019 sind die ersten Auswirkungen in vielen Bereichen bereits zur Wirkung erlangt. Das war nicht



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei – Landesjournal BW – sowie in der Digit@l veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden. In dringenden Fällen erreicht Ihr uns auch unter der Mobilnummer 01 73/3 00 54 43.

Der Redaktionsschluss für die Februar-Ausgabe 2020 des Landesjournals Baden-Württemberg ist am Freitag, dem 3. Januar 2020, für die März-Ausgabe 2020 ist er am Freitag, dem 31. Januar 2020.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden. Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Texten ohne Fotos, diese bitte separat zuzusenden.

Andreas Heck

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-299
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: Info@gdp-service.com

Redaktion:

Andreas Heck (V.i.S.d.P.)
Maybachstraße 2
71735 Eberdingen
Mobil 0173 300 544 3
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2
vom 1. Januar 2020

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

immer zum Vorteil der betroffenen Kolleginnen und Kollegen in diesem Zeitraum. Bis zum Start 1. 1. 2020 wäre bei der einen oder anderen Personalmaßnahme/-entscheidung sicherlich auch eine andere Verfahrensweise zugunsten der zu dem Zeitpunkt noch gegebenen Möglichkeiten nach Ansicht der GdP sinnvoll gewesen.

Dennoch lehnen wir als GdP diese Dienstpostenbewertung, welche das Land Baden-Württemberg für seine Polizeibeschäftigten eingeführt hat weiterhin ab. Wir wollen nicht nur eine bessere Bewertung, sondern vielmehr eine gerechte Bewertung des Polizeiberufs, welche uns immer noch vorenthalten wird. Für die Polizeibeschäftigten werden die GdP-Forderungen, insbesondere nach dem Einstiegsamt nach A 11, in den Diskussionen schnell aus Kostengründen und mit Vergleich auf die Auswirkung anderer Landesressorts und deren Beschäftigte abgelehnt.

Das tolerieren wir als GdP nicht!

Wir, die Polizei von Baden-Württemberg, brauchen einen Vergleich nicht zu scheuen. Kein normal denkender Mensch kommt auf die Idee, zu behaupten, dass ein Polizeibeamter oder eine Polizeibeamtin keinen anspruchsvollen und zudem gefährlichen Beruf ausüben würde. Apropos Beruf. **Was ist das Berufsbild POLIZEI?**

Es gibt bis heute kein Berufsbild Polizeibeamter/-beamtin im klassischen Sinne. Wer das nicht glaubt, kann sich gerne bei der Agentur für Arbeit erkundigen. Was dennoch unstrittig ist, dass alle bisher erstellten Gutachten seit Jahrzehnten die Tätigkeiten einer Polizeibeamtin/eines Polizeibeamten dem gehobenen Dienst zuordnen. Und wie sieht es in Baden-Württemberg aus? Fehlanzeige.

Bei den Lehrerinnen und Lehrern wird nur im gehobenen Dienst eingestellt. Was ist hier der Unterschied? Es wird ja keiner behaupten wollen, dass der Polizeiberuf weniger Qualifizierung bedarf? Genau hier liegt das Problem. Während die Ausbildungswege Kulturbereich definitiv nur für den gehobenen Dienst angeboten werden, macht sich immer wieder das Märchen breit, bei der Polizei würde eine solche qualifizierte Ausbildung nicht notwendig sein.

Wir als GdP sehen das völlig anders. Es muss bestqualifiziert ausgebildet werden, und zwar mit einem

abgeschlossenen Studium. Unsere Tätigkeit ist nicht nur vergleichbar, sondern durch die 24-Stunden-Verfügbarkeit zudem belastend, und die Entscheidungen, welche im Dienst getroffen werden müssen, haben in aller Regel Auswirkungen auf die Betroffenen von einer polizeilichen Maßnahme sowie meistens auch deren Umfeld.

Warum wird der Polizei eine gerechte Bewertung vorenthalten?

Zum einen wegen der Kosten: Hier sei angemerkt, dass hier der Spielball der Politik deutlich zum Ausdruck kommt. Für die Grundschullehrer/-innen wird das Einstiegsamt A 12 ohne Wimpernzucken gefordert. Insbesondere nach Erkenntnis, dass die Steuereinnahmen in 2019 höher waren als zuvor befürchtet. Weiter möchte ich erwähnen, dass ein Sachbearbeiter im Landratsamt, welcher z. B. in der Abfallwirtschaft tätig ist, in A 10 besoldet ist. Wer möchte jetzt noch sagen, die A 11 für Polizeibeschäftigte wäre nicht gerechtfertigt. Zu Erinnerung: Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten steigen in A 7 ins Berufsleben ein.

Zum anderen wird als Grund die Beförderungssituation angeführt:

Laut verschiedener Aussagen sei es demotivierend und frustrierend, wenn man nur ein- oder zweimal in seine Laufbahn (A 11 nach A 12 und A 12 nach A 13) befördert werden könne und somit jahrelang in der Einstiegsstufe A 11 verweilen müsse. Hierzu sage ich nur, dass meine Einschätzung ist, dass dies zu weniger Frust führen würde, als von A 7 bis A 10 zu kommen und dann zu erfahren, nicht mal in A 11 in Ruhestand geschickt zu werden. Das ist die derzeitige Wertschätzung in Worten, aber nicht in Taten.

Das haben die Polizistinnen und Polizisten in Baden-Württemberg wirklich nicht verdient. In den Worten WERTschätzung und Dienstpostenbewertung steckt gemeinsam der WERT der Polizei für die Innere Sicherheit. An alle Verantwortlichen noch einmal der dringende Appell und die Forderung, die Motivation der Polizeibeschäftigten nicht noch mehr durch Untätigkeit und Nicht-handeln zu strapazieren. Geben Sie Ihrer Polizei endlich auch im monetären Bereich, was ihr seit Jahren vorenthalten wird und zusteht.

**Euer Landesvorsitzender
Hans-Jürgen Kirstein**



70 JAHRE DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND

„Wir begründen Solidarität“

Unter diesem Motto stand der Festakt zum 70-jährigen Bestehen des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Anfang Oktober lud der DGB seine Mitgliedsorganisationen zu einem bunten Programm ein, bei dem die Landtagspräsidentin Muherem Aras den Festvortrag unter der Überschrift „Zusammenhalt ist Vielfalt“ hielt.

„Nicht der Wille zur Macht hat die Gewerkschaften bestimmt, sondern vor allem die Erkenntnis, dass der politischen Demokratie die wirtschaftliche Demokratie zur Seite gestellt werden muss.“

Diese Worte klingen auch heute noch brandaktuell und doch stammen sie von Hans Böckler, dem ersten Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Vor 70 Jahren, im Oktober 1949, wurde der Deutsche Gewerkschaftsbund in München gegründet.

Unsere Kolleginnen und Kollegen haben die Gewerkschaftsbewegung nach der Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 wiederaufgebaut. Sie haben Historisches geleistet!

„Alle unsere sozialen Errungenschaften wurden durch unsere Gewerkschaften erstritten und erkämpft. Wo wären wir Arbeiter, Rentner und

Pensionäre, wenn es unsere Gewerkschaften nicht geben würde.“

Die Gewerkschaften sind das Stärkste, das die Schwachen haben. Durch das Engagement und den Mut ihrer Mitglieder ist die Bundesrepublik Deutschland zu dem geworden, was sie heute ist: ein Land, in dem Freiheitsrechte, Demokratie und Sozialgesetze ein festes Fundament haben. Die Gewerkschaft ist mit nunmehr 70 Jahren genauso alt wie die Bundesrepublik Deutschland und wie unser Grundgesetz. Damit gehört unsere Gewerkschaft zum festen Inventar unseres Landes.

Doch sind gewerkschaftliche Errungenschaften nicht in Stein gemeißelt. So wurde 1974 im öffentlichen Dienst die 40-Stunden-Woche eingeführt.

Heute arbeiten die Beamtinnen und Beamte 41 Stunden in der Woche.

Hierzu äußerte sich Innenminister Thomas Strobl (CDU) wie folgt: „Eine Verringerung der Arbeitszeit für Beamte ist derzeit nicht beabsichtigt“, obwohl man darin ein „Signal der Wertschätzung“ und einen „Motivationschub“ sähe. Die 40-Stunden-Woche wäre aber mit hohem Aufwand verbunden.



V. l. n. r.: Hans-Jürgen Kirstein, Gundram Lottmann, Wolfgang Kircher, Sybille Pilger

Foto: ©GdP

Errechnet wird – bei einer vollständigen Kompensation der entfallenden Arbeitszeit – ein Bedarf von 1731 Stellen, der zu einer Haushaltsmehrbelastung von gut 180 Millionen Euro führen würde. Nicht enthalten sind jedoch die Lehrer. Somit könnte „im negativsten Szenario“ ein Mehraufwand von bis zu 427 Millionen Euro entstehen. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2021 sei eine Vorsorge dafür nicht getroffen worden.

Es gibt also noch viel zu tun – gehen wir es gemeinsam an!!! **sp**

AUS DEM LANDESBEZIRK

Symbolische Fahrzeugübergabe an die Polizei

Von Gundram Lottmann

Am 24. Oktober 2019 fand vor dem Opernhaus in Stuttgart die symbolische Fahrzeugübergabe an die Polizei statt.

Die Polizei erhält 1429 Mercedes-Benz-Fahrzeuge, die mit der neuesten Sicherheits- und Motorentechnologie ausgestattet sind.

So verfügen die neuen Streifenwagen über eine „Umfeldbeleuchtung“. Nach vorne, links und rechts ausgerichtete Scheinwerfer ermöglichen das Ausleuchten von Kontrollorten bei Dunkelheit.

Alle Fahrzeuge haben Navigation, Einparkhilfe, Klimaautomatik und Rückfahrkamera an Bord. Die Motoren sind auf dem neuesten 6d-Dieselsstandard. Des Weiteren werden der Polizei in Baden-Württemberg weitere rein elektrisch betriebene Fahrzeuge der Marke BMW und Nissan Diesel-Plug-

in-Hybrid-Fahrzeuge zur Verfügung gestellt.

Der stellvertretende Landesvorsitzende Gundram Lottmann, der bei der Übergabe anwesend war, sagte hierzu:

„Es ist gut, dass die Polizei mit dem Leasingkonzept jetzt im Alltag über Fahrzeuge verfügt, die dem aktuellen Stand der Technik entsprechen.“

Schließlich ist der Streifenwagen Arbeitsplatz für unsere Kolleginnen und Kollegen. Und hier müssen arbeitsmedizinische Aspekte Berücksichtigung finden.

Dass etwas für die Ökobilanz getan wird und Elektromobile und Diesel-Plug-in-Hybrid-Fahrzeuge beschafft werden, ist erfreulich.

Das sollte für den Autohersteller Mercedes Benz genug Ansporn sein, um bei der nächsten Flottenaus-schreibung mit entsprechenden Modellen wieder im Wettbewerb zu sein. Denn schließlich stammt der Erfinder vom Automobil aus Baden-Württemberg.“ **gl**



Gruppenfoto bei der Fahrzeugübergabe Foto: ©GdP



Verabschiedung der ehemaligen Vorsitzenden der KG/BG Offenburg aus dem aktiven Dienst

Am 27. 9. 2019 wurde der ehemalige Vorsitzende der Kreisgruppe Offenburg, Fred Snella, im Kreise seiner Familie und seiner Kolleginnen und Kollegen in einem ehrwürdigen Rahmen in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.

Fred Snella trat im Mai 1980 in die Gewerkschaft der Polizei ein. Bereits im Februar 1984 wurde er als Beisitzer in die Vorstandschaft der Kreisgruppe Offenburg gewählt.

Ab Juni 1986 hatte schließlich Fred Snella das Amt des Vorsitzenden der Kreisgruppe Offenburg inne. Diesen Posten übte er verantwortungsvoll und voller Tatendrang bis zum 6. 8. 1999 aus.

Innerhalb unserer Gewerkschaft der Polizei erhielt er als Auszeichnung für besondere Dienste die goldene Ehrennadel vom Landesverband am 14. 2. 2000.

Im Juli 2006 erhielt er zudem die Ehrung für 25-jährige Mitgliedschaft in der GdP BW.

Fred Snella hat sich auch nach seiner Tätigkeit in der Kreisgruppe bis zum 9. 10. 2008 im Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei Baden-Württemberg als Beisitzer eingebracht.

Nur weitere drei Tage nach der Verabschiedung des Fred Snella am 30. 9. 2019 verabschiedete der Bezirksgruppenvorsitzende Andreas Heck ebenfalls den ehemaligen Vorsitzenden und seinen direkten Vorgänger Reinhard Grußbeck in einer tollen Atmosphäre auf dem Polizeirevier in Lahr.

Im Oktober 1976 trat Reinhard Grußbeck in die GdP ein. Von 1993 bis

zu seiner Pensionierung war Reinhard Grußbeck im örtlichen Personalrat der PD/im PP Offenburg tätig.

Von 1993 bis März 2010 war er ebenfalls als Vertrauensmann der GdP im Einsatz.

Sein Nachfolger Andreas Heck sagte ergriffen in seiner Rede zu Reinhard Grußbeck: „Warst Kümmerer und Zuhörer für viele Kolleginnen und Kollegen über Jahrzehnte hinweg.“

Im Juli 2002 wurde er für seine 25-jährige Mitgliedschaft innerhalb der GdP BW geehrt.

Am 18. 3. 2010 war es dann so weit. Reinhard Grußbeck wurde Nachfolger von Thomas Groh als Vorsitzender der Kreisgruppe Offenburg und hat seitdem bis ins Jahr 2017 im Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei Baden-Württemberg mitgewirkt. Im Jahr 2016 wurde er darüber hinaus für seine 40-jährige Mitgliedschaft innerhalb der GdP geehrt.

Am 15. 5. 2017 übergab er schließlich sein Amt an den jetzigen Vorsitzenden Andreas Heck.

Reinhard Grußbeck wurde am 11. Juni 2018 zum krönenden Abschluss seiner langjährigen Tätigkeit in verschiedensten Funktionen innerhalb der GdP BW für seine besonderen Verdienste mit der großen Ehrennadel in Gold vom Landesverband der GdP geehrt.

Zwei „Große“ verlassen die GdP Bühne

Der Landesvorsitzende Hans-Jürgen Kirstein sowie der stellv. Landesvorsitzende Andreas Heck danken



V. l.: Andreas Heck und Reinhard Grußbeck



V. l.: Andreas Heck und Fred Snella

Fotos: ©GdP/Heck

Fred Snella und Reinhard Grußbeck für ihren Einsatz, für ihr Engagement und für ihre Zeit, welche sie oft über das erforderliche Maß hinaus für die Gewerkschaftsarbeit geopfert haben.

Herzlichen Dank für ALLES ...
ah

Herzlichen Glückwunsch Hans Harsch

Die BG PP Stuttgart gratuliert ihrem ältesten Mitglied zum 99. Geburtstag. Am 8. November überbrachten Jimmy Fuchslocher und Walter Burkart die Glückwünsche der Bezirksgruppe. Hans war wieder so, wie wir ihn kennen: geistig fit, spontan, neugierig und um keine Antwort verlegen.

Spazieren gehen, die Rosen hinter dem Haus pflegen und vor allem die Nachrichten im Fernsehen verfolgen, gehören zu den wichtigen Verrichtungen von Hans. Selbstverständlich notiert und verwaltet er auch seine Termine selbst.

Klare Blicke in die Zukunft sind Hans auch im hohen Alter nicht fremd.

Ein Beispiel:

„Ich überlege jetzt schon, was ich anziehen soll, weil ich mich an meinem 100. Geburtstag den Besuchern anständig präsentieren will.“

W. B.



Jubilär Hans Harsch

Foto: ©GdP/Burkart



AUS DEM LANDESBEZIRK

Übergabe Gebäude Wertheim an die Hochschule für Polizei

Von Gundram Lottmann

Ende Oktober sind in Wertheim die sanierten und neuen Gebäude der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg offiziell übergeben worden. Das Land hat gut 10 Millionen Euro investiert.

Im Zuge der Einstellungs Offensive für den Polizeidienst in Baden-Württemberg bedurfte es der Einrichtung für 300 Auszubildende des mittleren Dienstes an der ehemaligen Akademie der Polizei in Wertheim.

Zur Schlüsselübergabe an den Leiter des Standortes Wertheim, Polizeidirektor Richard Zorn, kamen zahlreiche Gäste.

Finanzstaatssekretärin Gisela Splett (Grüne) und Innenminister Thomas Strobl (CDU) hielten die Ansprachen und übergaben symbolisch den Schlüssel zum Standort an Polizeipräsident Martin Schatz, der ihn weiterreichte.

Hintergrund Wertheim

Im Rahmen der Polizeistrukturenform wurde seinerzeit der Standort Wertheim geschlossen und von 9/2015 bis 9/2017 wurde dort zwischenzeitlich eine Landeserstaufnahmeeinrichtung eingerichtet und unterhalten.

Die Gewerkschaft der Polizei war damals schon gegen eine Schließung

dieses Standortes und verwies auf den hohen Personalmangel und die fehlenden Ausbildungskapazitäten in Biberach und Lahr.

Auch rang man lange Zeit mit der sozialverträglichen Unterbringung der Beschäftigten mit dem Innenministerium.

Nicht für alle Betroffenen konnten einvernehmliche Lösungen gefunden werden.

Die Schließung der Polizeiakademie Wertheim zum 31. 12. 2015 bezeichnete der damalige OB Mikulicz wie folgt:

„Ich kann diese Entscheidung nicht nachvollziehen, das ist rücksichtslos.“

Vier Jahre später äußerte sich Innenminister Strobl:

„Für mich ist Wertheim nie ein Interimsstandort gewesen, der Ausbildungsstandort Wertheim wird im nächsten Jahrzehnt gebraucht.“

Gundram Lottmann besuchte als stellvertretender Landesvorsitzender



Foto: ©GdP/Lottmann

die Veranstaltung und meinte nach einem Rundgang des Areals:

„Die Gewerkschaft der Polizei ist der Meinung, dass für den Standort Wertheim es auch langfristig eine Perspektive geben muss, gerade vor dem Hintergrund der bereits getätigten erheblichen Investitionen.“

Auch wird für den Betrieb des Bildungsstandortes der Hochschule für Polizei in Wertheim eine ausreichende und geeignete Sport- und Trainingsfläche für die Nachwuchsbeamten gefordert. Ein Neubau einer Sporthalle ist nach dem Brandanschlag und der Zerstörung der Sporthalle unumgänglich.“ **gl**

INFORMATIONEN VOM LANDESAMT FÜR BESOLDUNG UND VERSORGUNG BW

Neuer Pensionärsausweis

Voraussichtlich im November erhalten alle Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfänger den neuen Pensionärsausweis automatisch an ihre Privatanschrift.

Der neue Pensionärsausweis enthält neben dem Namen und dem Geburtsdatum auch die letzte (ermittelbare) Amtsbezeichnung. In Einzelfällen haben wir in unserem Datenbestand keine Amtsbezeichnung hinterlegt, weshalb diese Angabe ausnahmsweise auf dem Ausweis fehlt. Wird ein Ausweis mit Amtsbezeichnung gewünscht, kann dieser selbstverständlich wie nachfolgend beschrieben bestellt werden.

Der Pensionärsausweis wird grundsätzlich einmal zur Verfügung gestellt. Bei Verlust, Abnutzung oder Namensänderung kann aber jederzeit ein Ersatzausweis unter Angabe der Personalnummer und der letzten Amtsbezeichnung per E-Mail an pensionausweis@lbv.bwl.de oder telefonisch unter 07 11/34 26-20 66 nachbestellt werden.

Der Papierausweis für Versor-

gungsempfänger wird künftig nicht mehr versendet. Er behält aber seine Gültigkeit und kann auf Wunsch weiterverwendet werden.

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte telefonisch an die o. a. Telefonnummer oder per E-Mail an pensionausweis@lbv.bwl.de. **ah**

- Vorderseite -



- Rückseite -



Muster des neuen Pensionärsausweises

Foto: ©LBV BW



Jahresfachtagung der BAG Sucht in BW

Die diesjährige Tagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Sucht – Sucht- und Sozialberatung – in der Polizei (BAG Sucht) fand in Baden-Württemberg, im Kurort Bad Schussenried, vom 8. bis 12. September statt. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Suchtarbeit: aus der Praxis – für die Praxis“. Die Schirmherrschaft übernahm der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl.

Dieter Senges, Vorsitzender der BAG Sucht, begrüßte zu Beginn die Gäste und übergab dann das Wort zur feierlichen Eröffnung an den Landespolizeipräsidenten Gerhard Klotter. Das Saxofonquartett des Landespolizeiorchesters Baden-Württemberg, unter der Leitung von Andreas Feifer, umrahmte musikalisch das Programm. Der Bürgermeister von Bad Schussenried, Achim Deinet, freute sich über die zahlreichen, aus der ganzen Bundesrepublik angereisten Gäste.

Aus Baden-Württemberg nahmen neben der Landesvertreterin der BAG Sucht, Susanne Klingler, insgesamt fünfzehn „Suchtkrankenhelfer“ gemeinsam mit dem Polizeiseelsorger Georg Hug teil. Ein Vertreter der Bundespolizei vom Standort Böblingen, Roland Selbmann, und ein pensionierter Kollege vom Polizeipräsidium Stuttgart, Norbert Weis, sowie die Verwaltungsleiterin und Leiterin vom Referat Personal vom Polizeipräsidium Karlsruhe, Sandra Zarges, waren ebenfalls mit dabei.

Frau Dr. med. Heike Hinz, Chefärztin und Leiterin der Median-Kliniken



Das Foto zeigt die Teilnehmer der diesjährigen Tagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Sucht – Sucht- und Sozialberatung – in der Polizei (BAG Sucht). Foto: ©BAG/Klingler

Richelsdorf und Wigbertshöhe in Hessen, hielt ein Impulsreferat über die Co-Abhängigkeit. Sie zeigte eindrücklich am Beispiel von „Erika“ und „Kai-Uwe“ auf, welche Auswirkungen eine Sucht nicht nur auf den Abhängigen selbst, sondern auch auf sein gesamtes Umfeld haben kann. Sie forderte deshalb dazu auf, Zivilcourage zu zeigen, auch als Kollegin/Kollege, denn durch Unterlassen wird nicht nur die Sucht als Krankheit verlängert, sondern auch das Leiden der Betroffenen. Diesen anzusprechen ist zwar ein schwieriger Schritt und oftmals weiß man nicht, wie man richtig vorgehen soll – die Suchtkrankenhelfer stehen dabei jedoch mit Rat und Tat gerne zur Verfügung – nichts zu tun ist auf jeden Fall falsch!

Am Nachmittag informierte Frau Sandra Zarges in einem spannenden Vortrag die teilnehmenden Führungskräfte über die Anwendung und den Umgang mit der landeseinheitlichen Dienstvereinbarung Sucht. Für die Tagungsteilnehmer aus den Ländern referierte Herr Fridolin Sandkühler in ei-

nem Vortrag über Mediensucht mit den neuen Schwerpunkten Online-Gaming und Online-Gambling.

Weitere Fachvorträge und Workshops folgten im weiteren Verlauf der Tagung, so unter anderem auch verschiedene Workshops, die wichtige Eindrücke hinterließen.

Das Organisationsteam, bestehend aus den vier Stuttgarter Suchtkrankenhelfern, einer Kollegin aus Mannheim, dem Kollegen der Bundespolizei aus Böblingen und dem pensionierten Kollegen aus Stuttgart, erhielt viel Lob für die Ausrichtung der Tagung, für deren Gelingen im Vorfeld viele Hindernisse zu überwinden waren.

Sehr wertvoll an dieser mehrtägigen Veranstaltung ist unter anderem die Gelegenheit, Zeit für einen Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Bundesländer zu schaffen.

Am Ende der Fachtagung fand noch die Wahl des Vorstandes statt. Aus verschiedenen Gründen standen einige Vorstandsmitglieder nicht mehr zur Wahl. Der neue Vorsitzende heißt Thomas Scholz und kommt aus Thüringen. In den Bundesvorstand wurden zudem Monika Hohm (Hessen), Susanne Klingler (Baden-Württemberg), Dr. Ursula Luding (Bundespolizei München), Cornelia Mann (Bundespolizei Berlin), Kerstin Weber (Sachsen) und als Kassenwart Robert Zasko (Saarland) einstimmig gewählt.

sk



Der neue Bundesvorstand (v. l. n. r.) Monika Hohm, Dr. Ursula Luding, Susanne Klingler, Thomas Scholz, Kerstin Weber; hinten: Robert Zasko; auf dem Bild fehlt Cornelia Mann. Foto: ©BAG / Klingler



PSW-REISEN

Anzeige

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie schon aus der Deutschen Polizei zu entnehmen war, hat sich PSW-Reisen GbR rundum erneuert. Seit 01.11.2019 firmiert PSW-Reisen GbR unter der Firmenbezeichnung PSW Reisen - Schwabenland Reisen. PSW Reisen hat mit einem großen Player auf dem Reisesektor in Stuttgart fusioniert.

Die Vorteile für GdP-Mitglieder sind:

- ✓ Ab sofort können Reisebuchungen und Anfragen auch am Wochenende (Samstag und Sonntag) getätigt werden, da das Reisebüro am Flughafen Stuttgart geöffnet ist
- ✓ Bundesweite Hotline: 0711 / 948 48 48
- ✓ Wiedereinführung der 5%o Rückvergütung auch für jedes Familienmitglied
- ✓ Die Rückvergütung von 5%o gelten darüber hinaus auch noch für alle anderen Reiseteilnehmer, wenn die Reise auf Rechnung (GdP-Mitglied) ausgestellt ist.
- ✓ Bei der Gutscheinkaktion, die bis 31.03.2020 begrenzt ist, können die jeweiligen Beträge nach der Höhe des Reisepreises (Gesamtrechnung) nur vom GdP-Mitglied eingelöst werden

PSW Reisen - Schwabenland Reisen wird auch die alte Tradition der weltweiten Gruppenreisen wieder verstärkt aufleben lassen. So sind im nächsten Jahr u.a. Gruppenreisen nach Japan, Montenegro und Albanien, Island, Park- und Gartenreise nach England und Israel auf dem Programm. Zuständig für die Gruppenreisen ist nach wie vor unser Kollege Wolfgang Schmidt.

Wichtig für die Gewerkschaft der Polizei ist, dass wir durch unsere Kooperationspartner in den Landesbezirken Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland unseren Mitgliedern Vorteile generieren können. Wir haben unsere Homepage mit der Internetseite von PSW Reisen verlinkt.

Auf der Internetseite von PSW Reisen werden nicht nur immer wieder neue Schnäppchen angeboten, sondern man kann selbstständig Reisen buchen und sich auch zum Newsletter anmelden.

In einer der nächsten Ausgaben berichten wir über die Eröffnungsfeier am Flughafen Stuttgart und stellen Ihnen das neue Reisebüro vor.

Mit kollegialen Grüßen

Euer Team von
PSW Reisen



Stuttgart - Fellbach Eberhardstr. 30 70736 Fellbach Tel.: 0711 / 57 88 186 Fax: 0711 / 57 99 12 info@pswreisen.de www.pswreisen.de	Eberdingen-Hochdorf Frau Burger Tel.: 07042 / 872 83 12 Fax: 07042 / 872 83 13 karinburger@pswreisen.de www.pswreisen.de	Saarbrücken Frau Weaver Tel.: 0681 / 933 120 57 Fax: 0681 / 933 120 59 sweaver@pswreisen.de www.pswreisen.de	Mainz Frau Grün Tel.: 06703 / 305 502 Fax: 0711 / 57 99 12 agruen@pswreisen.de www.pswreisen.de	Zentrale Terminal 3, Reisemarkt 70629 Stuttgart Flughafen Tel.: 0711 / 948 48 48 Fax: 0711 / 997 67 62 info@schwabenlandreisen.de www.schwabenlandreisen.de
---	--	--	---	--



SENIORENSEMINAR

Weiteres Seniorenseminar:
Vorbereitung auf den Ruhestand
- Jetzt in Bad Herrenalb -

Die GdP führt wieder ein Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ durch. Da das bisherige Tagungszentrum in Bad Urach umfangreich saniert wird, findet das nächste Seminar in Bad Herrenalb statt:

vom 4. bis 6. Mai 2020
in der Evangelischen Akademie Baden
Doblerstr. 51, 76332 Bad Herrenalb, Fon: 07083.928-0.

Eingeladen sind wie immer jeweils alle Kolleginnen und Kollegen, die unmittelbar vor Eintritt in den Ruhestand stehen oder sich auch schon seit kurzem darin befinden. Die Seminarinhalte sind durchaus auch für Ehe- oder Lebenspartner interessant, die ebenfalls eingeladen sind. Für die Begleitung sind etwa 130 EURO Seminarkosten zu entrichten. Auf GdP-Mitglieder entfallen 50 EURO Zuzahlung; Reisekosten werden vom Landesbezirk nicht erstattet.

Meldeschluss 31. Januar 2020

Die Zahl der Seminarteilnehmer ist auf 25 begrenzt, weshalb nach der Reihenfolge der Anmeldungen verfahren wird.

Anmeldungen bitte an die GdP-Geschäftsstelle (Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen-Hochdorf) schriftlich, mit Fax (07042/879-211), telefonisch (07042/879-0) oder per E-Mail (andrea.stotz@gdp-bw.de).
(hwf)

AUS DER SENIOREN-GRUPPE

Stammtischtermine der Heilbronner GdP-Senioren im Jahr 2020

Für das kommende Jahr wurden folgende Termine festgelegt:

21. Januar, 17. März, 19. Mai, 21. Juli, 22. September sowie der 17. November.

Die Veranstaltungen finden immer dienstags ab 14 Uhr im Höhenrestaurant Wartberg, Heilbronn, Wartberg 1, Tel.: 0 71 31/16 29 13, statt.

ew

SENIORENSEMINAR

Vorbereitung auf den Ruhestand

Einladung zum eintägigen Seniorenseminar „Ruhestand – und nun?“

Die GdP Bezirksgruppe des PP Stuttgart führt ein Seminar für die Mitglieder der Bezirksgruppen des Polizeipräsidiums Stuttgart, des Landeskriminalamtes und des Präsidiums für Technik, Logistik und Service BW durch. Das Seminar findet statt

am Samstag, dem 18.01.2020, 09.00 Uhr
im Großen Saal des Polizeipräsidiums Stuttgart
Hahnemannstraße 1, 70191 Stuttgart

Eingeladen sind Kolleginnen und Kollegen, die sich sechs Monate vor Eintritt oder sechs Monate nach ihrem Eintritt in den Ruhestand befinden. Das Seminar beinhaltet Informationen, Tipps und Hilfestellungen zum Übergang in den Ruhestand und die Zeit danach.

Die Tagesveranstaltung soll von 09.00 bis 17.00 Uhr einen Überblick rund um die Themen, die den neuen Lebensabschnitt der Kolleginnen und Kollegen betreffen, bilden.

Für Verpflegung während des Seminars ist gesorgt. Ein Unkostenbeitrag wird nicht erhoben.

Meldeschluss ist der 14. Januar 2020

Anmeldung und nähere Informationen über folgende Ansprechpartner:

Bezirksgruppe PP Stuttgart: Peter Scherer (0711-8990-1053 – Peter.Scherer@polizei.bwLde - Gdp-Bezirksgruppe-PPStuttgart@gmx.de)
Bezirksgruppe LKA: Sybille Pilger (0711 5401-0 / 0162-42284282 - sybille.pilger@polizei.bwLde - STUTTGAERLKA.GDP@polizei.bwLde)
Bezirksgruppe PTLs BW: Hans-Georg Gloiber (0711-8990-6794 - hans-georg.gloiber@polizei.bwLde)

